

nung der heimatlosen Roma als de facto Staatenlose und als Niederlassungsberechtigte sein. Es wäre überhaupt das erste Mal, daß es in Deutschland einer ethnischen Minderheit gelingt, durch öffentliche Protestaktionen gegen Abschiebungen eine bundesweite Regelung zu erwirken, die ihnen das Bleiberecht gewährt.

Erste Erfolge konnten Roma, die gegen geplante Massenabschiebungen wochenlang streikten, in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen verbuchen. Beide Länder haben eine "Stichtagregelung" eingeführt, die den Aufenthalt der dort lebenden Roma legalisiert und somit der besonderen Lage einer seit Jahrhunderten verfolgten und diskriminierten Gruppe Rechnung trägt. Der politische Kampf wurde von ganzen Familien geführt, die sich im Rahmen eigener Verbände organisierten. Im Mittelpunkt der Aktionen des letzten Jahres stand die in Hamburg ansässige Roma und Cinti Union (RCU). Dem Verein war es in den letzten Monaten gelungen, hunderte Roma-Familien für inkonventionelle Aktionen, wie die Besetzung des Kölner Doms, die Errichtung eines Zeltlagers auf dem ehemaligen KZ-Gelände in Neuengamme bei Hamburg oder einem dreiwöchigen "Bettelmarsch" durch das Ruhrgebiet zu mobilisieren. Durch die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins sind zahlreiche deutsche Organisationen und Persönlichkeiten, ebenso wie in- und ausländische Medien, auf die Lage der von der Abschiebung bedrohten Roma aufmerksam geworden. Der Konflikt mit einigen Unterstützergruppen aus dem deutschen links-alternativen Milieu verdient gerade aus diesem Grund etwas Aufmerksamkeit.

Die RCU wurde vor zehn Jahren gegründet als einer der ersten und einzigen Vereine, in denen sowohl Roma- als auch Sinti Familien vertreten waren. Der Verein wandte sich, im Gegensatz zum in

Heidelberg ansässigen Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, beispielsweise, den Problemen aller Angehörigen beider Gruppen zu, darunter auch der heimatlosen Roma. Als die ersten Roma-Familien im Herbst 1988 sich gegen eine drohende Ausweisungswelle zu wehren begannen, koordinierten sie ihre Aktionen und Pressearbeit über den Verein und delegierten den RCU-Vorsitzenden, Rudko Kawczynski, als Sprecher. Das Engagement der RCU bei der Frage des Bleiberechts für heimatlose Roma ist also ein direktes Produkt der Willenskraft der eigenen Leute, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.



foto : Hamann / Agenda

Parallel zu den beginnenden Aktionen der Roma entstand im Herbst 1988 ein Bündnis deutscher Kreise, um die Roma zu unterstützen. Diesem Bündnis gehörten Mitglieder des Hamburger Arbeitskreises Asyl, des Hafenstraße-Plenums, Pfarrer und andere an. Maßgeblich beteiligt war auch eine kleine Gruppe von Leuten um die damals noch GALBürgerschaftsabgeordnete Christina Kukielka, selbst seit Jahren eine Integrationsfigur bei radikalen politischen Bündnissen von Deutschen und Immigranten. Es war nicht zuletzt ihr Verdienst, daß das Thema "gleiche Rechte für Immigranten und Flüchtlinge" bei der GAL in Hamburg und an den grünen Tischen außerhalb überhaupt auf die Tagesordnung kam. Der

Kreis bestand also aus Personen, die im aufrichtigen und kompromißlosen Kampf gegen den strukturellen Rassismus der bundesdeutschen Gesellschaft konsequent und erfahren waren, deren Integrität und "Fachkompetenz" in solchen Fragen weit über die Hansestadt hinaus bekannt war.

Betrachtet man die Partnerschaft zwischen RCU- als Selbstorganisation der betroffenen Roma - und diesem Unterstützerkreis, der sich später "Hamburger Initiative Bleiberecht für Roma und Cinti" nannte, so stößt man allem Anschein nach auf ideale Voraussetzungen für eine effektive Bürgerrechtsarbeit. Tatsache ist es jedoch, daß es zwischen den beiden Organisationen nur eine punktuelle und sehr begrenzte Zusammenarbeit überhaupt gab. Während die "Initiative Bleiberecht" den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Suche nach Bündnispartnern in der ihr vertrauten links-liberalen Szene sah und sich zu diesem Zweck langen inhaltlichen Debatten mit den entsprechenden Gruppierungen zuwandte, benutzten die Roma die RCU-Infrastruktur - das Büro der Beratungsstelle und einen kleinen Stab von hauptsächlich ehrenamtlichen Mitarbeitern, um Ideen für spontane Aktionen kurzfristig umzusetzen.

Die RCU hat dadurch ein Verhältnis zu ihren Unterstützern geschaffen, das für jede Bürgerrechtsbewegung selbstverständlich ist: Sie muß zuerst ihre eigenen Leute - die Betroffenen - mobilisieren, ausgehend von deren eigenen Familien- und sonstigen existierenden Strukturen. Und sie muß den Unterstützern einen Schritt voraus sein, um politisch autonom zu bleiben und sich nicht für die politischen Zwecke anderer instrumentalisieren zu lassen. War diese "Linie" unter vielen Institutionen, einschließlich der Rheinischen Landeskirche, auf Sympathien und Respekt gestoßen, so führte sie zu Unmut gerade in der radikaleren "Szene".